

VA-01/40375, BA-MA

7-8.7.1989

Bukarest, den 07. 01. 1989

Aktennotiz

für den Minister für Nationale Verteidigung

Entsprechend dem zwischen den Außenministerien abgestimmten Plan fand in der Zeit vom 26. 06. bis 06. 07. 1989 die Redaktionsarbeit zur Vorbereitung der Dokumente der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (PBA) auf Expertenebene und in der Schlußphase unter Leitung der stellvertretenden Außenminister in BUKAREST statt.

Auf Ihre Weisung nahm daran als Vertreter des Ministeriums für Nationale Verteidigung

Genosse Oberst W i t t

teil.

Dazu gestatte ich mir folgendes zu melden:

1. Zwischen den Delegationen der verbündeten Staaten wurden, neben einem Protokoll der Tagung des PBA, abgestimmt

- das Kommuniké der Tagung des PBA;
- eine Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages mit den Abschnitten
 - . Grundsätze der Staatenbeziehungen,
 - . Zusammenfassung des Abrüstungsprogrammes der Bruderländer,
 - . Fragen gesamteuropäischer Zusammenarbeit sowie
 - . ein Aufruf zum Zusammenwirken im Interesse von Abrüstung und Zusammenarbeit und
- ein Protokoll zur Gemeinsamen Tagung der Komitees der Außen- und Verteidigungsminister.

2. In der Redaktionsarbeit traten folgende Probleme auf:

- die Notwendigkeit, gegenüber den rumänischen Entwurfsdokumenten weitgehend neue Textabschnitte zu erarbeiten und abzustimmen (sowjetische Beiträge und kollektive);
- konfrontative Momente im Verhalten der rumänischen und ungarischen Delegation zueinander abzuwenden bzw. durch Kompromisse auszugleichen;
- in politischen Einschätzungen der internationalen Lage Ausgeglichenheit zwischen rumänischen Sonderpositionen und teilweise überbetont positiven Einschätzungen der ungarischen, polnischen und in Elementen auch sowjetischen Seite herzustellen. Dabei gab es auch seitens der CSSR-Vertreter zunehmend Bereitschaft, der ungarisch-polnischen Linie zu folgen (insbesondere in der Menschenrechtsproblematik);
- im militärischen Bereich das Erfordernis,
 - eine ausgewogene Einschätzung zum Komplex "Internationale Lage, Sicherheit, Abrüstung und Vertrauensbildung" zu erreichen (insbesondere die überhöhte Wertung erreichter Fortschritte im Abrüstungsprozeß abzubauen),
 - die Tendenz der Verstärkung neofaschistischer Gefahren für die europäische Sicherheit deutlich zu machen,
 - eine undifferenzierte Gleichsetzung beider Bündnisse bezüglich ihrer "Teilnahme an der Hochrüstung" abzuwenden (durch die Ungarische Volksrepublik, die VR POLEN und die UdSSR vertreten),
 - ein unrealistisches Lob der angeblichen Verhandlungsbereitschaft der NATO über taktische Kernwaffen in den Dokumenten zu verhindern, ohne deren Bedingungen in Rechnung zu stellen (Versuch der Ungarischen Volksrepublik, unterstützt durch die VR POLEN),
 - die Aufnahme von Vorschlägen über Gespräche zu allen Aspekten der Militärdoktrinen, vor allem auch zu den unverändert aggressiven Konzeptionen der NATO.

durchzusetzen, ebenso wie die Kritik an diesen NATO-Konzeptionen (gegen Widerstände wiederum der Ungarischen Volksrepublik und der VR Polen) sowie die Forderung nach einem baldigen Abschluß einer Konvention zur Beseitigung der Gefahr des Einsatzes bzw. der Weiterverbreitung von Chemiewaffen Nachdruck zu verleihen (gegen Einwände der SR RUMÄNIEN und vor allem der Ungarischen Volksrepublik).

3. Die Vorbereitung der Gemeinsamen Tagung des Komitees der Außen- und Verteidigungsminister konnte mit der Abstimmung des genannten Protokolls und der Verfahrensfragen abgeschlossen werden, wobei die rumänische Seite hierbei erhebliche Verzögerung zuließ. Der von ihr vorgelegte Protokollentwurf mit der Verlängerung des Mandats für die Expertenarbeit zur Abstimmung eines

Dokuments mit gemeinsamen, abgestimmten Vorschlägen zur Vervollkommnung des Mechanismus der politischen und militärischen Zusammenarbeit des Warschauer Vertrages

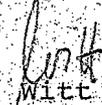
mußte mit dem Engagement aller übrigen sechs Delegationen konkretisiert werden, um einen konstruktiven Anlauf der weiteren Expertentreffen abzusichern.

Es ist vorgesehen, diese Arbeit mit dem genannten Dokument bis zum Beginn der Moskauer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im Jahre 1990 abzuschließen.

Bei der Abstimmung von militärpolitischen und militärischen Textpassagen in den Dokumenten konnten entsprechend Ihren Weisungen alle DDR-Positionen durchgesetzt werden.

Die abschließende Berichterstattung zur Durchführung der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses wird im engen Zusammenwirken mit den zuständigen Genossen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten gewährleistet.

Ich bitte um Kenntnisnahme bzw. Ihre Weisung.


Witt
Oberst